

Die grüne Mitglieder-Zeitung im Kreis Calw

Herausgeber: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr.3/23



Inhalt

- ⇒ Erfolgreiche Kreis-Mitgliederversammlung „Endlich mal wieder in Bad Herrenalb.“
- ⇒ Reise ins Sperrgebiet Erster Bericht von der Studienreise.
- ⇒ Neues Wahlrecht
- ⇒ Lügen der AfD
- ⇒ Aktiv im Kreis Calw
- ⇒ Der Grüne Weg:
schnelle Infos für Mandatsträger!

Wertvolles Know-How ging über die Tische!

Kreismitgliederversammlung von Bündnis90/Die Grünen in Bad Herrenalb diskutierte Stadtentwicklung und Bürgerenergie

„Endlich mal wieder in Bad Herrenalb“ – stand auf der Einladung zur Versammlung der Grünen aus dem Kreis Calw. Aus Bad Herrenalb waren neben den Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen auch Aktive der Grünen Liste Bad Herrenalb e.V. und der Fraktion Grüne PLUS in die alte Abtei gekommen. Nach all der Presse in den letzten Wochen ein gutes Zeichen für das Treffen der 25 Kommunalpolitiker:innen.

Der Abend zeigte, wie wertvoll es für die grünen Kommunalpolitiker:innen ist, über ihre Partei im regen Austausch zu stehen. Bewährtes Know-How wechselte an dem Abend seine Besitzer.

Das Dilemma der Stadtentwicklung

Einerseits muss Wohnraum geschaffen werden. Die Bevölkerung wächst und Wohnraum ist knapp. Was liegt näher als immer wieder neue Baugebiete auszuweisen?

Andererseits wollen die Grünen dem Flächenfraß Einhalt gebieten und Wald, Feld und Wiesen vor weiterem Zugriff schützen. Scheinbar ein nicht auflösbarer Widerspruch.

Wer aber genauer hinschaut, entdeckt in seinem Ort nicht wenige Baulücken. Die meisten sind (mit öffentlichen Mitteln) bereits erschlossen, liegen aber brach. Wie könnte hier etwas bewegt werden? Darüber wurde diskutiert. „Enkelgrundstücke“, werden die Baulücken im Fachjargon genannt. „In Althengstett haben wir über 200 solche Grundstücke“, meinte der Gemeinderat Philipp Jourdan.

In Bad Herrenalb wurde mit einem Antrag – den kann jede:r stellen – jetzt die Verwaltung aufgefordert, eine Aufstellung aller baureifen Grundstücke dem Gemeinderat vorzulegen. Ein erster, ein guter Schritt.

Grundsteuer C – das richtige Werkzeug zur Nachverdichtung?

Siggi Beck vom Kreisvorstand brachte die „Grundsteuer C“ in die Diskussion ein. Er sagte: „Der Landtag von Baden-Württemberg hat den Weg frei gemacht für die Grundsteuer C. Kommunen können – wenn sie wollen – ab 2025 einen eigenen Hebesatz für unbebaute, baureife Grundstücke selbst festlegen. Wir bleiben an dem Thema dran!“

Mehr dazu

Rückblick auf die Studienreise nach Thüringen / Teil 1

In loser Folge erscheinen hier Berichte zu der Reise,
zur der Kati unseren Kreisverband 2022 eingeladen hatte.



Reise ins Sperrgebiet

Grüne Studienreise zum Tag der Deutschen Einheit

Anne aus Wildberg sprach anschließend für alle: „*Ein ganz dickes Lob an Kati, die die Reise ganz wunderbar und professionell organisiert hat, von der Bahnfahrt über die Lokale und Pensionen, vor allem aber die Zusammenreffen mit den vielen netten und freundlichen Menschen, die wir dort kennenlernen*“.

Genau dafür hatte Kati uns Grüne nach Thüringen eingeladen—in die alte Heimat. Bei Gesprächen über ihre Herkunft hatte sie bei uns „Wessis“ gemerkt, dass wir absolut keinen Begriff vom Leben im **Sperrgebiet der ehemaligen DDR hatten**. Das wollte sie ändern; also hat sie diese Studienreise organisiert.

Gerald aus Bad Teinach war voller Erwartungen und Fragen in den Zug gestiegen. „*Wie gelingen die Begegnungen und der Austausch mit den Menschen vor Ort, wie geht es den Menschen dort über 30 Jahre nach der Wende? Was denken Sie über die Zeit danach? Wie sieht es dort jetzt aus? Wie sind die Erfahrungen der Grünen in Thüringen in der alltäglichen politischen Arbeit?*“

Gedenkstätte Billmuthhausen

Schon 1952 riegelte das Regime der DDR ihr Land gegen den Westen ab. Nicht nur mit einem Zaun, Wachtürmen und immer stabileren Grenzbefestigungen.

Entlang der 1394 km langen Grenze zog sich bald ein 5 Kilometer breites Sperrgebiet, das vor der Grenze in einen 500 Meter breiten Schutzstreifen mündete und in einen 10 Meter breiten Kontrollstreifen überging. 2,8 % des Gebietes der DDR waren Sperrgebiet, das nur noch mit Passierscheinen und unter polizeilicher Kontrolle betreten werden durfte. Angeblich als Schutzwall gegen den imperialistischen Westen. Aber jedem war klar, dass die eigene Bevölkerung – vor allem die wertvollen Facharbeiter – an der weiteren Massenflicht gehindert werden sollte.

Zwangsumsiedlung: „Aktion Ungeziefer“

Über 10.000 Menschen wurden im Rahmen von zwei großen Aktionen an der innerdeutschen Grenze auf Geheiß der DDR-Regierung 1952 (Deckname "Ungeziefer") und 1961 (Deck-



name "Kornblume") aus ihren Dörfern - wie es geschönt hieß – ins Landesinnere "ausgesiedelt". Außerdem wurden bis in die siebziger Jahre, nachdem auch noch die letzten Bewohner zermüht und vertrieben worden waren, viele dieser Dörfer, die den DDR-Machhabern zu nahe an der "Staatsgrenze-West" standen, dem Erdboden gleichgemacht, „**geschliffen**“, wie das genannt wurde. Diese Erfahrungen mit der Staatsmacht sind heute unter anderem der Nährboden für eine verbreitete Skepsis in Thüringen gegen „die da oben“, gegen herrschende Parteien und Eliten. Die ganze Reise über sollte das immer wieder Gesprächsgegenstand sein.

„*Absolut bewegend und erschütternd war die Geschichte der Zerstörung von Siedlungen an der innerdeutschen Grenze mit der Vertreibung der Bewohner und dazu die Ausstellung im Grenzmuseum*“. Diesen Eindrücken von Gerald stimmte auch Vera zu: „*Kati und ihre Mutter Annemarie aus Steinfeld erzählten aus ihrer Lebensgeschichte. Das geschleifte Dorf an*

Zwangsumsiedlung aus dem Sperrgebiet: Aktion „Ungeziefer“!

der Grenze - unglaublich und schrecklich, dass das wirklich möglich war.“

Der Besuch der **Gedenkstätte Billmuthausen** mit ihren Informationstafeln und lehrreichen Stellwänden hatte zwangsläufig etwas von Gemeinschaftskunde-Unterricht. Doch Zeitzeugen wie Kati und ihre Mutter Annemarie sorgten Stunde um Stunde mehr dafür, dass die spröden Tatsachen zu lebendigen Zeugnissen einer fast unbegreiflichen Vergangenheit wurden.

Kati und ihre Mutter kommen ins Erzählen ...

Annemarie: „Die Grenze war da hinten im Wald—schon immer. 1992 kam mein Onkel nochmal mit mir hierher und hat



mir alles gezeigt. Hier war ja alles voll bewacht und Selbstschuss und so. Er zeigte mir, wo die Minen lagen und wo man durchkonnte.“

Kati: „Durch Zufall kam ich—damals mit 14—ins Gespräch mit einer alten

Frau, die wohnte hier direkt an der Grenze und berichtete, wie sie bei der Flucht geholfen hat. Die Grenze war ja hier im Wald und die Frau—eine ganz einfache Frau—zeigte den Weg da durch. Das machte sie neben ihrem Job, am Wochenende und bei Nacht. Bis eben immer mehr gebaut (befestigt) wurde. Dann wurde sie eines Nachts erwischt. Dem jungen Mann hat sie noch gesagt, er soll rennen und hat sich zwischen ihn und den Polizisten gestellt. Der hat auf sie gezielt, dann aber die Waffe runtergelassen und gesagt: „Frau Soundso, ich kann sie ja schlecht festnehmen, mein Sohn ist bei ihnen im Kindergarten. Gehen’s mal ganz schnell nach Hause!“

Der erste ereignisreiche Tag endete mit einem gemeinsamen



Abendessen im Restaurant „Burghof“, mitten in der von uns besuchten Region gelegen. Auch die Großtante von Kati, **Katharina**, waren dabei. Sie nahm sich viel Zeit, um uns von ihrer unglaublichen Flucht 1969 zu

erzählen. Mehr dazu im nächsten Bericht.

© Text: Albrecht Martin

© Fotos: Wolfgang Much und Gedenkstätte Billmuthausen

„Die Grenze war ein hartes Stück Arbeit!“

Anfrage bei chatGPT:

„Wie würde **Ernest Hemingway** die ehemalige, schwer bewachte Staatsgrenze der DDR beschreiben, die Menschen dazu gebracht hat, unter Todesgefahr aus der Diktatur zu fliehen?“

Antwort von © ChatGPT

„Die Grenze war ein hartes Stück Arbeit. Ein monströses Bauwerk aus Beton und Stacheldraht, das Menschen auf beiden Seiten trennte. Sie sah aus wie eine große, hässliche Narbe auf der Landschaft, die sich tief in die Seelen der Menschen grub.“

Die Grenze war gefährlich, tödlich sogar. Viele verloren ihr Leben bei dem Versuch, sie zu überwinden. Doch trotz der Gefahr gab es diejenigen, die bereit waren, alles zu riskieren, um der Diktatur zu entkommen.

Sie überquerten die Grenze in der Nacht, im Schutz der Dunkelheit, oft mit nur dem, was sie auf ihrem Rücken tragen konnten. Sie kämpften gegen den Stacheldraht und die Suchscheinwerfer, sie kämpften gegen den Wind und die Kälte.

Aber sie hatten keine andere Wahl. Sie mussten fliehen, um ihre Freiheit zu retten, um ihre Familien zu schützen, um ein besseres Leben zu suchen.

Die Grenze mag heute nicht mehr existieren, aber ihre Erinnerung lebt fort. Sie erinnert uns daran, wie kostbar unsere Freiheit ist und wie viel Mut es erfordert, für sie zu kämpfen.“



Unsere Partei im Wettstreit

Das neue Wahlrecht

Die Wahlrechtsreform umfasst unter anderem eine feste Deckelung bei 630 Abgeordneten, gleichzeitig werden die 299 Wahlkreise beibehalten. Der Böblinger Bundestagsabgeordnete Tobias B. Bacherle kommentiert die geplante Reform



des Wahlrechts: „Es ist ein großer Erfolg der Ampel-Regierung, dass wir die längst überfällige Verkleinerung des Bundestags endlich angehen.“ Die Anzahl der Abgeordneten wird von derzeit 736

auf 630 reduziert und so die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes gesteigert.

Bislang galt: Wenn Partei X für ihre Landesliste zehn Sitze gewonnen hatte, konnten darüber hinaus alle weiteren Gewinner von Direktmandaten aus den Wahlkreisen als „Überhangmandate“ zusätzlich ins Parlament einziehen. So wuchs die Anzahl der Abgeordneten am Ende weit über die Zahl der den Wahlkreisen zugeordneten Listenplätze hinaus an. Damit sich dadurch das Wahlergebnis nicht verfälschte, wurden „Ausgleichsmandate“ für die anderen Parteien geschaffen.

Diese Logik der Überhangmandate wird jetzt umgedreht.

Es bleibt verbindlich bei der Anzahl der einem Wahlkreis vom Bundeswahlleiter zugeordneten Listenplätze. Diese Sitze im Parlament werden über die Verhältniswahl, durch die sogenannte Zweitstimme zwischen den Parteien gerecht prozentual verteilt. Diese Listenplätze werden den Wahlkreis-Erstplatzierten Kandidat*innen der betroffenen Parteien zugeteilt.

Damit entscheidet jetzt eindeutig das Ergebnis in den Wahlkreisen über die Auswahl: Die Kandidierenden mit dem höchsten Stimmanteil in ihrem Wahlkreis, ziehen in den Bundestag ein. Bis alle Listenplätze vergeben sind. Aber niemand darüber hinaus. „Die Abschaffung von Überhang- und Ausgleichsmandaten schließt endgültig aus, dass der Deutsche Bundestag weiter und unvorhersehbar anwächst“, so Bacherle. „Auch die Ampel-Fraktionen werden gleichermaßen von der Verkleinerung des Bundestags betroffen sein und das ist gut so.“ Meinte der Grüne aus Böblingen weiter.



Vorsicht Lüge!

Im Kampf um die politische Mehrheit kommen wir nicht darum herum,

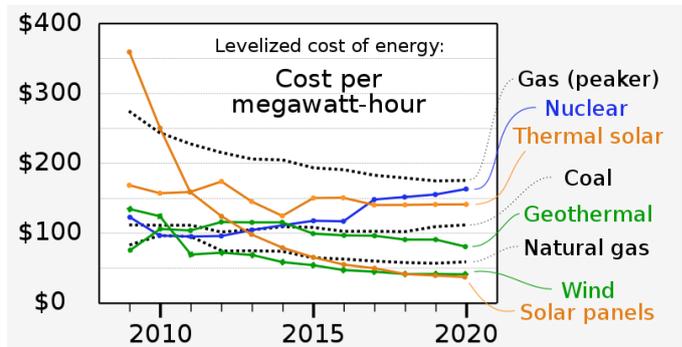
uns mit dem Auftreten der AfD zu beschäftigen und ihre Falschaussagen Stück um Stück zu widerlegen. Zu sehr sind diese potentiellen Verfassungsfeinde damit beschäftigt, viel Geld in die Werbung für falsche Aussagen zu stecken. Aktuell macht die AfD-Landtagsfraktion BW Werbung für die Atomenergie. Sie behauptet, durch Atomkernspaltung entstünde „Günstiger Strom“. Das ist eine Lüge! Das Gegenteil ist richtig. Die zentralistische und gefährliche Atomenergie ist teuer, sehr teuer.

„Günstiger Strom“?

Leichtgläubige Menschen fallen auf das Märchen vom „günstigen Atomstrom“ herein. Schon zu lange, seit den 50iger Jahren, wird diese Lüge verbreitet. Dagegen hilft es nur, die Fakten unter die Menschen zu bringen. Immer wieder.

Atomenergie wird immer teurer!

Der Preis für eine Megawatt-Stunde Strom aus Atomenergie wird seit Jahren immer teurer. Deutlich teurer. Das zeigt die unten stehende Grafik. Bei allen Neubauten von Atomkraftwerken explodieren die Kosten, weltweit. Und wer haftet bei einem Nuklear-Unfall?



Ganz anders bei PV-Strom und Windenergie! Seit Jahren wird sie exponentiell billiger! In der LCOE-Grafik werden die Energieformen mit ihren Gesamtkosten über die Lebenszeit der Anlagen verglichen. Strom aus Wind und Sonne ist mit Abstand die preiswerteste und ungefährliche Form der Energie-Gewinnung! PV-Strom passt auf jedes Dach, an jeden Balkon. Wind weht Tag und Nacht.

Zu den Daten

Aktiv im Kreis Calw



An diesem Ort stellen wir immer wieder eine Bürger-Energie-Genossenschaft aus unserem Kreis Calw vor.

Als Mitglied aktiv werden bei der BürgerEnergie Nordschwarzwald!

Die Genossenschaft bietet Bürgerinnen und Bürgern sowie regionalen Unternehmen eine gemeinsame Plattform, um aktiv die Energiewende in unserer Region mit zu gestalten und gleichzeitig an der regionalen Wertschöpfung teil zu haben.

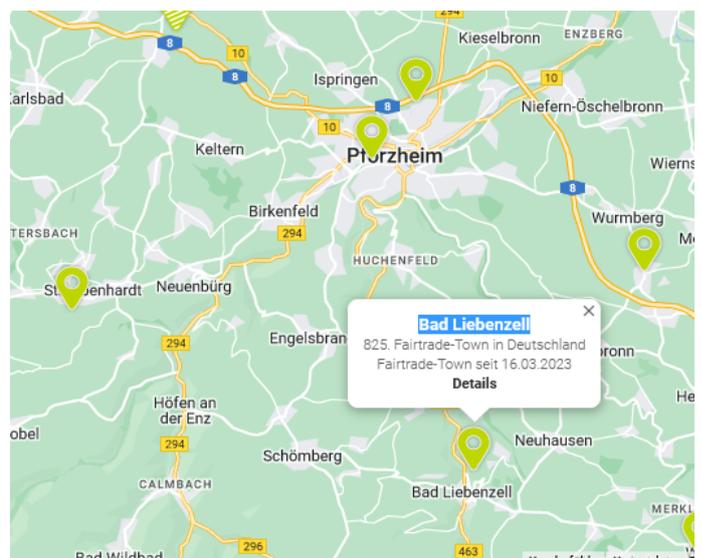
Jede und jeder kann sich mit privatem Kapital an der Bürger-Energie Nordschwarzwald beteiligen und dadurch den Klimaschutz fördern. Zudem partizipiert der Teilhaber in Form von Ausschüttungen am Erfolg der Genossenschaft. Das eingezahlte Kapital ist dabei sicher – bei Kündigung werden die gesamten Anteile zurückbezahlt. Eine Beteiligung ist bereits ab 500 Euro möglich. Durch die Ansammlung von Genossenschaftskapital kann die BürgerEnergie Nordschwarzwald größere Investitionen verwirklichen.



Bad Liebenzell ist jetzt fair-trade-town!

Nach einem Jahr Vorbereitung durch den Runden Tisch Nachhaltiges Bad Liebenzell war die Steuerungsgruppe in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung so weit. 27 Unternehmen, Schulen, Kirchen und Vereine hatten unterschrieben, mindestens zwei fair-trade-Produkte anzubieten.

Diese Zustimmungen zu bekommen, das war die meiste Arbeit. Daran waren auch einige grüne Mitglieder beteiligt.



Die viele Arbeit hat sich gelohnt. Jetzt ist Bad Liebenzell fair-trade-town. Der Ehrentitel wird nur für zwei Jahre verliehen—dann muss erneut nachgewiesen werden, dass noch alle (oder mehr) dabei sind.





Der Grüne Weg

Informationen für Abgeordnete



Mit unserer Seite „Der Grüne Weg“ veröffentlichen wir immer wieder Hinweise auf hilfreiche Internet-Adressen—in aller Kürze mit direkten QR-Links speziell für Gemeinderäte.

++ Windenergie im Regionalverband ++

Der Regionalverband Nordschwarzwald ist dabei, den Teilregionalplan für Wind- und Solarenergie final auszuarbeiten. 2% der Fläche werden dafür ausgewiesen: 1,8% für Wind und 0,2% für Freiflächen-PV.



Kommunen sind gut beraten, wenn sie sich selbst darum kümmern, die entstehenden Windkraftanlagen zu betreiben. Möglichst in Form einer Bürgerbeteiligung.

++ Neu: Grundsteuer C ++

Am 1.1.2024 wird es so weit sein: Die Grundsteuer C wird den Kommunen an die Hand gegeben und kann als neues kommunalpolitisches Werkzeug ergriffen werden. Baureife, aber brach liegende Grundstücke können damit mit einem eigenen Hebesatz belegt werden. So können Baulücken geschlossen und Flächenfraß verhindert werden.



Grundsteuer-Veranstaltung der GAR mit Gisela Splett, Staatssekretärin im Finanzministerium Freitag, 21. April, 19-20:30 Uhr, Online

Die Grundsteuerreform sorgt derzeit für heftige Diskussionen. Sie ist notwendig, um die Grundsteuereinnahmen für die Kommunen ab 2025 zu sichern. 2024 steht die Anpassung der kommunalen Hebesätze an. Ab 2025 können Kommunen in Baden-Württemberg auch einen eigenen Hebesatz für baureife, unbebaute Grundstücke festlegen: die Grundsteuer C. 1960 gab es bereits eine solche Steuer (die sog. Baulandsteuer), die allerdings nach zwei Jahren wieder abgeschafft wurde. Welche Chancen stecken in der Erhebung einer solchen Steuer? Was muss bei der Umsetzung beachtet werden? Und wie können Gemeinderatsfraktionen eine solche Initiative anstoßen?



> Zur online-Seminar-Anmeldung der GAR

++ 2 Jahre Gehalt für einen Klimaschutz-Manager vom Bund ++

Die Bundesregierung nimmt viel Geld in die Hand, um Kommunen bei ihrem aufwändigen Weg hin zur Klimaneutralität bis 2045 zu unterstützen.



Damit vor Ort Klimaschutzkonzepte aufgestellt werden können—mit allen Datensammlungen, die dazu gehören—werden auch Arbeitsplätze von Klimaschutzmanagern über Jahre hinweg finanziert. **Antrag stellen genügt!**

++ fair-trade-town ++

Schon über 800 Städte und Gemeinden in Deutschland haben sich zur fair-trade-town zertifizieren lassen. Letzte Woche bekam Bad Liebenzell dieses Siegel verliehen. Bad Herrenhalb hat es schon länger. Ein wichtiger Schritt, Nachhaltigkeit und Solidarität mit dem Globalen Süden in der Stadt zu verankern. Jeder Bürger, jede Fraktion kann dafür initiativ werden und einen Antrag stellen, dass auch seine Stadt eine fair-trade-town wird.



+++ Die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) +++

unterstützt seit 2008 Klimaschutzprojekte um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Die NKI ist eines der wichtigsten Instrumente der Bundesregierung, um wirksame Klimaschutzmaßnahmen deutschlandweit zu fördern.



Sigi Beck



Anke Much

V.s.d.P: Anke Much
Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Calw
www.gruene-kreis-calw.de
kreisgeschaeftsstelle@gruene-kreis-calw.de

